

KP Malayas gibt bewaffneten Kampf auf

Der legendäre Führer der Kommunistischen Partei Malayas (KPM), Chin Peng, soll nach Angaben aus thailändischen Regierungskreisen bereit sein, aus seinem Asyl in Peking nach Thailand zu kommen, um eine Vereinbarung über die Beendigung des 41jährigen Guerilla-Krieges gegen die malaysische Regierung zu

thailändischen Regierung, die sie bereits erfolgreich seit 1980 gegen die thailändischen Guerillakämpfer der KP Thailands eingesetzt hatte (vgl. SOAI Nr.2/87, S. 22ff), wird nur begrenzt von der malaysischen Regierung geteilt. Sie ist nicht bereit, bedingungslos ehemalige KPM-Mitglieder wieder zu reintegrieren, sondern ver-

nach dem Krieg britische Orden für ihre Verdienste. Als die KPM allerdings ihren erlangten politischen Einfluss und die Zielsetzung der kolonialen Unabhängigkeit nicht aufgeben wollte, setzten die Briten sie soweit unter Druck, dass die KPM zum bewaffneten Befreiungskrieg überging. Mehr als 10 Jahre lang waren über 300.000 britische Commonwealth-Truppen zur Niederschlagung dieses Befrei-

Gründungskongreß der Semangat '46

Am 12.10. hielt die neue Oppositionspartei "Semangat '46" ihren Gründungskongreß ab. Der erste Premierminister Malayas, Tunku Abdul Rahman, eröffnete den Kongreß und erinnerte die 475 Delegierten an die ursprünglichen Werte der alten UMNO. Er warf der amtierenden Regierung unter Premierminister Datuk Seri Mahathir Mohamad vor, Malaysia zu einem Polizeistaat gemacht zu haben.

Die alte UMNO wurde 1988 nach gerichtlichen Auseinandersetzungen über die Rechtmäßigkeit der Vorstandswahlen von 1987, bei denen Mahathir mit einem nur knappen Vorsprung gegenüber seinem Rivalen Tengku Razaleigh Hamzah, ehemals Minister in Mahathirs Kabinet, zum Vorsitzenden der Partei gewählt wurde, überraschend für illegal erklärt (vgl. SOAI 1/88 S.32f). Mahathir gründete daraufhin mit seinen Anhängern eine neue UMNO. Die Gegner Mahathirs und Anhänger Razaleighs bildeten anfänglich eine Gruppe, die sich UMNO '46 nannte und im Mai 1989 die Partei Semangat '46 anmeldeten, benannt nach dem Gründungsjahr der alten UMNO.

Wie erwartet, wurde Razaleigh zum Vorsitzenden gewählt. Datuk Rais Yatim, ehemals Außenminister, wurde sein Stellvertreter. Zu den 3 Vize-Vorsitzenden gehört auch eine Frau, die Rechtsanwältin Marina Yusoff. In einem 6-Punkte-Aktionsprogramm machte Razaleigh deutlich, daß das oberste Prinzip der Semangat '46 sei, "den Islam als eine Lebensweise einzuführen, die auf Wahrheit, Gerechtigkeit, Freiheit und guten Werten beruht, bei gleichzeitiger Garantie und Schutz der Religionsfreiheit".

Als Gäste anwesend waren die Führer der islamischen Oppositionsparteien PAS, Berjaya und Hamim sowie der vorwiegend nicht-malaysischen Oppositionspartei DAP. Diese Oppositionsgruppierung hat bereits bei Nachwahlen seit Frühjahr 1988 bei der Aufstellung von Kandidaten gegen die Regierungskoalition



KPM-Führung 1955: (v.l.n.r) Rashid Mydin, Chin Peng, Chen Tien bei Friedensverhandlungen in Baling

(aus: H. Miller, Jungle War in Malaya, London, 1972)

unterzeichnen. Als Gegenleistung bietet die thailändische Regierung den rund 1000 Guerillakämpfern im Grenzgebiet von Malaysia und Thailand eine kurzfristige Integration in die thailändische Gesellschaft durch Zuweisung von Land und später die Zuerkennung der thailändischen Staatsangehörigkeit an.

Seit mehreren Jahren finden bereits geheime Verhandlungen zwischen der thailändischen Regierung und Führern der KPM - vermutlich in Anwesenheit von malaysischen "Beobachtern" - statt, in denen die Guerillas zur Aufgabe des bewaffneten Kampfes bewegt werden sollen. 1987 war die thailändische Regierung in den Verhandlungen mit einer anderen Fraktion der KPM erfolgreich und konnte 700 Kämpfer zur Aufgabe bewegen und in Thailand ansiedeln. Nach bisher unbestätigten Meldungen soll sich auch im letzten Jahr eine Gruppe von 60 KPM-Mitgliedern den malaysischen Behörden ergeben haben.

Die Befriedungsstrategie der

langt von ihnen, daß sie sich einem Umerziehungsprogramm unterziehen.

Auch innerhalb der KPM ist man sich nach den vorliegenden Berichten nicht einig. Vor allem die chinesisch-stämmigen Kämpfer, die z.T. auch aus Süd-Thailand stammen, sind an der Vereinbarung mit der thailändischen Regierung interessiert. Die malaysischen KPM Mitglieder des 10. Regiments hingegen wollen angeblich von der malaysischen Regierung die Anerkennung der Partei und ihre legale Weiterarbeit in Malaysia erreichen, bevor sie den bewaffneten Kampf aufgeben. Es ist kaum davon auszugehen, dass sie dieses Ziel erreichen werden.

Die KPM war im 2. Weltkrieg die stärkste und wichtigste Kraft im anti-japanischen Widerstandskrieg, nachdem die britischen Truppen durch die Japaner von der malaysischen Halbinsel vertrieben bzw. gefangengenommen waren. Chin Peng und eine Reihe von anderen Guerillakämpfern erhielten sogar

ungskampfes im Einsatz. 1960, drei Jahre nach der Gewährung der Unabhängigkeit wurde der Ausnahmezustand (Emergency) aufgehoben. Trotz erheblicher Niederlagen führte die KPM den bewaffneten Kampf mit einigen tausend Anhängern im bergigen und schwer zugänglichen Grenzgebiet an der Grenze zu Thailand fort und richtete auf beiden Seiten der Grenze ihre Stützpunkte ein.

Bereits 1955 erklärte sich die KPM mit damals noch gut 10.000 Guerilla-Kämpfern in der einzigen Verhandlung zwischen Chin Peng und dem späteren ersten Premierminister Malayas, Tunku Abdul Rahman, bereit den bewaffneten Kampf aufzugeben, wenn sie als legale Partei anerkannt würde und weiterarbeiten dürfte. Diese Forderung wurde vom Tunku und der britischen Kolonialverwaltung abgelehnt.

vgl. FEER 23.11.89, S.11; BP 20.9.89

Absprachen getroffen und in unterschiedlichem Maße zusammengearbeitet (vgl. SOAI 3/89 S.31). Beobachter sehen in dieser Formierung die Möglichkeit eines regierungsfähigen Oppositionsbündnisses, das zu einer Alternative zu der amtierenden Regierungskoalition werden könnte. Damit würde sich eine Art Zwei-Parteien (-koalitions) -System entwickeln können.

vgl. FEER 26.10.89 S.33f; AW 27.10.89 S.28

Weitere Blockaden gegen Abholzung - 117 Verhaftungen

Im Kampf gegen den Holzeinschlag in den Urwäldern von Sarawak haben die Dayak-Völker erneut mit der Errichtung von Blockaden begonnen, um den Holzfällern den Zugang zum Wald zu versperren. Am 10.9. wurden allein 12 Blockaden von Angehörigen 19 verschiedener Ortschaften im Gebiet des oberen Limbang und Baram errichtet. Fünf Tage später breiteten sich die Aktionen nach Süden in das Belaga Gebiet aus. Knapp die Hälfte des Bundesstaates sollen inzwischen von Widerstandssaktivitäten gegen den Holzeinschlag betroffen sein. Bis zum 2.10. hatte die Polizei 117 Verhaftungen vorgenommen. 87 von ihnen wurden am 29.9. in Marudi einem Richter vorgeführt. Gegen eine Kautionshät-

ten sie bis zum eigentlichen Gerichtstermin freigelassen werden können. Sie weigerten sich aber, da eine Kautions ihren Wald nicht vor der Zerstörung retten würde (siehe Erklärung). Trotz der Verhaftungen werden in einigen Gebieten die Blockaden fortgesetzt und mit weiteren Verhaftungen wird gerechnet.

In einem Appell vom 20.10. an die in Kuala Lumpur stattfindende Konferenz der Commonwealth-Ministerpräsidenten, zu einem Zeitpunkt als noch 85 Männer wegen Blockierung inhaftiert wurden, forderten Vertreter des Penan Volkes

- die Anerkennung und Wahrung ihrer Rechte auf ihr Land und ihren Wald;
- die Einstellung des Holzeinschlages auf ihrem tradi-

tionellen Land und die Verhinderung weiterer Schäden und Zerstörung ihres Landes und ihres Eigentums;

- die bedingungslose Freilassung all derjenigen, die wegen der Errichtung der Blockaden inhaftiert wurden.

Bereits in der ersten Hälfte 1989 hatte es in vielen Teilen des Landes Blockaden gegeben. 128 Menschen wurden verhaftet aber aufgrund nationalen und internationalen öffentlichen Druck waren sie schließlich bis Mai wieder freigelassen worden. Seit Mitte des Jahres wird von intensivem Holzschlag tags und nachts berichtet, was die Bewohner zu erneuten Aktionen zwang.

vgl. Presseerklärung Survival International v. 3.10.89; ECHRIM v. 26.10.89; SAM v. 24.10.89; Utusan Konsumer Okt./Nov. 1989;

Erklärung im Namen der 87 verhafteten Penans vom 29.9.1989

Heute ist unser 14. Tag in Haft. Obgleich das Leben im Gefängnis Hunger, Durst, Einsamkeit, Mücken, Frustration und andere Leiden bedeutet, haben wir keine andere Wahl.

Das Gefängnis ist für Kriminelle. Wir sind keine Kriminellen. Wir haben nur gewollt, daß unser Land, unser Wald, unsere Grabstätten und unser anderes Eigentum in unseren Gebieten nicht zerstört und unsere Flüsse nicht durch den Holzeinschlag gefährdet werden. Dies sind unsere Rechte, denn der Wald ist unsere Lebensgrundlage.

Wir haben uns gewei-gert, von unseren Verwandten und Freunden durch Kautions freigekauft zu werden. Wir machen das deshalb, weil selbst wenn wir freigelassen werden, die Behörden uns nicht in unsere jeweiligen Dörfer zurückbringen werden. Wir haben kein Geld für Lebensmittel oder

Transport.

Selbst wenn wir es uns leisten könnten zurückzugehen, werden wir große Schwierigkeiten haben, Lebensmittel zu finden, weil unser Land und unser Wald zerstört wurden und weiterhin zerstört werden. Es geht um unser Überleben.

Wir haben gegenüber den Behörden klargestellt, daß wenn sie uns verhaften wollen, sie uns alle verhaften sollten - uns, unsere Frauen, Kinder und Enkelkinder, denn niemand von uns kann ohne den Wald leben.

Wir sind sehr traurig, daß während wir, das Volk des Landes und des Waldes, im Gefängnis sitzt, die Holzfirmen munter den Holzeinschlag und die Zerstörung unseres Landes und Waldes fortsetzen. Bestimmte Gruppen scheinen entschlossen und froh zu sein, uns ewig im Gefängnis zu halten.

Wenn die Politiker und Firmen Holz schlagen wol-

len, sollen sie doch ihren eigenen Besitz plündern, aber nicht unser Land und unseren Wald.

Die Holzfirmen haben vor kurzem Gangster angeheuert, um unser Volk einzuschüchtern. Wir befürchten sehr, daß sie unseren Familien etwas antun. Jetzt, wo wir im Gefängnis sind, wissen wir nicht, was sie in unseren Siedlungen machen.

Weil wir nicht wissen, wann wir wieder freigelassen und der Holzeinschlag auf unserem Land und in unserem Wald fortgesetzt werden, appellieren wir dringend an all unsere Brüder, Schwestern und Freunde in der ganzen Welt, uns zu helfen, den Holzeinschlag und die Zer-

störung sofort aufzuhalten. Bis wir aus dem Gefängnis raus sind, mag es schon zu spät sein.

Selbst wenn wir freigelassen werden und den Holzeinschlag zu verhindern versuchen, könnten die Firmen Gangster schicken, um uns zu verprügeln. Wenn wir zurückgeschlagen, werden die Behörden uns mit Sicherheit erneut verhaften und ins Gefängnis stecken.

Bitte betet für uns. Wenn ihr uns Briefe, Telegramme usw. schicken wollt, bitte an das Lambir Prison Camp, Miri, Miri Division, Sarawak, Malaysia. Schickt Kopien an den Premierminister von Malaysia, den Ministerpräsidenten (Chief Minister)

Juwin Lehan, amtierender Vorsitzender der Sarawak Penan Association

Adressen:

The Chief Minister of Sarawak, 93502 Kuching/Sarawak, Malaysia
The Chief Justice of Borneo, 93502 Kuching/Sarawak, Malaysia
The Prime Minister of Malaysia, Kuala Lumpur, Malaysia

(Übersetzung aus dem Englischen nach einem Abdruck der Erklärung in Utusan Konsumer vom Oktober/November 1989 von P.Franke)

Kurzmeldungen

– Zwei Mitglieder der islamischen Studentenorganisation PMIUM, Jamali Adnan und Jamaluddin, sollen im Zusammenhang mit einer Demonstration von 1000 Studenten gegen ein Konzert am 10.9. in der University of Malaya **nach dem ISA inhaftiert** worden sein. Die Polizei hat diese Meldung weder bestätigt noch dementiert.

(ALIR Vol.9, No.10, 1989, S.36)

– Um die einheimische, Holz verarbeitende Industrie zu stützen, erwägt die Regierung ein **Exportsteuer für geschnittenes Holz**. Der Export von Holzstämmen aus

West-Malaysia ist bereits verboten. Der größte Anteil des Holzexports - vorwiegend Stämme - kommt allerdings aus Ost-Malaysia.

(MB 16.9.89, S.61f)

– Der **Export von unverarbeitetem Rattan soll** vom 1.12. an **verboten werden**, um die einheimische Rattan Möbel Industrie zu fördern. Das Verbot soll nicht für Sarawak und Sabah gelten, wo es kaum derartige Verarbeitungsstätten gibt.

(FEER 14.9.89 S.87)

– Die 92 qkm große Insel **Labuan** vor der Küste des ost-malaysischen Sabah soll **völlig von Steuern befreit** werden, um ausländische

Investoren anzulocken. Sie hat bereits einen Freihafen, eine Werft und einen großen Erdgasverarbeitungs-komplex und soll durch weitere Infrastrukturmaßnahmen zu einem Industriezentrum ausgebaut werden.

(FEER 16.11.89 S.83; MB 16.11.89 S.45)

– Eine Umverteilung der **Kapitalanteile** zugunsten von **Bumiputras** bei Unternehmen soll zukünftig erst bei solchen mit einem Grundkapital von M\$ 10 Mio. obligatorisch sein. Die bisherigen Bestimmungen im Rahmen der Neuen Ökonomischen Politik (NEP) schreiben eine Umverteilung bereits bei M\$ 2,5 Mio. vor.

(FEER 5.10.89 S.111)

– Eine Methode zur **Früherkennung von Dengue Fieber** hat eine Wissenschaftlerin der Universiti Sains Malaysia in Penang entwickelt. Danach kann innerhalb von 3 Stunden die durch Mosquitos übertragene, sich in den letzten Jahren stark verbreitende Virusinfektion mit einfachsten Mitteln diagnostiziert werden, was bisher bis 3 Wochen dauerte.

(FEER 14.9.89 S.71)

– Malaysia Airlines plant noch vor Ende 1989 wöchentliche **Flüge** von Kuala Lumpur **nach Ho Chi Minh Stadt**. Die Aufnahme einer direkten Flugverbindung nach Rangoon ist ebenso im Gespräch.

(FEER 12.10.89 S.87)

SINGAPUR

NACHRICHTEN

Habeas Corpus Anhörung im Fall Vincent Cheng

Vom 11. bis 15. September fand die mündliche Gerichtsverhandlung über den Habeas Corpus Antrag von Vincent Cheng statt, durch den seine Freilassung erreicht werden soll. Cheng, ein katholischer Sozialarbeiter und vor der Inhaftierung Sekretär der Justia et Pax Kommission in Singapur, wurde im Mai 1987 nach dem Gesetz zur Inneren Sicherheit (ISA) wegen angeblicher Anführung einer "marxistischen Konspiration" in Vorbeugehaft genommen.

Er widerrief seine zwei im Fernsehen wenige Wochen nach der Inhaftierung ausgestrahlten öffentlichen Geständnisse mit der Erklärung, sie seien unter massivem Druck erfolgt. Sein langes Zögern, einen Habeas Corpus Antrag zu stellen, begründete er damit, daß ihm der Leiter der Abteilung für Innere Sicherheit (ISD) zugesichert habe, er würde nach 2 Jahren wieder freigelassen werden, wenn er keine gerichtlichen Schritte unternehmen würde. Die Beamten des ISD widersprachen den Anschuldigungen Chengs in eidesstattlichen Erklärungen.

Zur gleichen Zeit, im Mai/

Juni 1987, wurden weitere 21 sozialkritisch und politisch engagierte Personen unter gleichem Vorwand in Vorbeugehaft genommen (vgl. SOAI 2- 4/87). Außer Vincent Cheng und die Rechtsanwältin Teo Soh Lung sind inzwischen alle wieder auf freiem Fuß. Teo hatte im April 1989 erfolglos versucht, ihre Freilassung durch ein Habeas Corpus Verfahren zu erreichen.

Chengs Anwalt, der Queens's Council Michael Beloff, betonte, daß der Regierung lediglich Verdächtigungen aber nicht genügend Beweise vorlägen, um Chengs andauernde Inhaftierung zu rechtfertigen. Außerdem zweifelte er grundsätzlich die Rechtmäßigkeit der Verfassungsbestimmungen an, die eine gerichtliche Überprüfung des staatlichen Vorgehens in Fällen der Inneren Sicherheit faktisch nicht mehr zuläßt. Nach seiner Auffassung sei Singapur ein besonderes Land, in dem die Gerichte denen, die nach Gerechtigkeit suchen, verschlossen bleiben. Ohne grundsätzlich die Berechtigung der Anordnung einer Vorbeugehaft durch die Exekutivorgane in Frage zu stellen, forderte er, daß eine

nachträgliche Prüfung durch ein Gericht möglich sein muß, bei der die Behörden Gründe für ihr Vorgehen nennen müssen.

Nachdem ein Gericht im November 1988 die Freilassung von 4 ISA- Inhaftierten nach einer Habeas-Corpus Anhörung veranlasst hatte, verabschiedete Anfang des Jahres das Parlament Singapurs eine Verfassungsänderung, die faktisch jegliche gerichtliche Überprüfung von ISA-Inhaftierungen ausschließt.

Der Regierungsvertreter S. Tiwari verteidigte die Verfassungsänderung mit der Begründung, daß schließlich das Parlament die Gesetze mache und die Verfassungsänderung lediglich das ISA so wiederhergestellt habe, wie es vor dem Habeas-Corpus Urteil vom November 1988 gehandhabt wurde. Die Rolle der Gerichte in Singapur sei, Entscheidungen der Exekutive entsprechend der vom Parlament verabschiedeten Gesetze zu überprüfen.

Eine Entscheidung des Gerichts lag uns zum Redaktionsschluß noch nicht vor. Beobachter innerhalb und außerhalb Singapurs halten die Habeas-Corpus Verfahren von Cheng und Teo für z.Zt.

die einzige Möglichkeit, nicht nur eine Freilassung zu erreichen, sondern die Rechtmäßigkeit und Anwendung des ISA grundlegend in Frage zu stellen. Premierminister Lee Kuan Yew hat bereits am 2. Juni 1987 in der Straits Times deutlich zu verstehen gegeben, daß er dieses Instrument des ISA nicht aus der Hand geben will. Er sagte: "Es ist nicht die Praxis, noch werde ich erlauben, daß subversive Elemente dadurch davonkommen, indem sie darauf bestehen, daß ich alle Vorwürfe gegen sie in einem Gericht vortragen muß mit Beweisen, die den strengen Regeln einer gerichtlichen Beweisführung standhalten."

vgl. FEER 28.9.89 S.13; ST 15.9., 23.9.89; South China Morning Post 12.,13.,14.9.89